

II. Antragsgegenstand

1. Angaben zum Vorhaben:

Vorhabenbezeichnung:		
Geplanter Vorhabenzeitraum:	Beginn:	Ende:
Objektadresse:		
Landkreis, Gemeinde, Ortsteil:		
Gemarkung, Flur, Flurstück:		
Innerhalb der Ortslage:	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Derzeitige Nutzung:		
Spätere Nutzung:		

2. Beschreibung des Vorhabens:

Das geplante Vorhaben und die damit bezweckten Ziele sind in einer Anlage zum Antrag detailliert darzustellen. Aus der Beschreibung muss hervorgehen, was konkret geplant ist. Es ist eindeutig und nachvollziehbar darzustellen, welche Personen als Eigentümer (Trägerschaft) und Betreiber fungieren.

Die Beschreibung muss Ausführungen und Nachweise zur Erfüllung der Zuwendungsvoraussetzungen enthalten:

- *Lage in der Fördergebietskulisse (vgl. Zif. 4.1 der FR)*
- *Ausschluss der Konkurrenz zu bestehenden Einrichtungen mit gleichwertigem Angebot im selben Ortsteil (vgl. Zif. 4.2 der FR)*
- *Zustimmung des Gemeinde- bzw. Stadtrats (vgl. Zif. 4.3 der FR)*
- *24-Stunden-Nutzbarkeit (vgl. Zif. 2.1 der FR)*
- *Begrenzung der Verkaufsfläche auf bis zu 400 Quadratmeter (vgl. Zif. 2.3 a) der FR)*
- *bei neuen Einrichtungen gem. Zif. 2.1 a) der FR: Bereitstellung des in der FR unter Zif. 2.1 a) benannten Warensortiments und der Artikelanzahl*

Sofern der Maximalfördersatz nach Zif. 5.1 beantragt wird, ist die Erfüllung des Qualitätskriteriums (mind. 20 % der Produkte mit Thüringer Qualitätszeichen) nachzuweisen.

3. Wirtschaftlichkeit:

- Die Wirtschaftlichkeit meines Unternehmens und / oder die Wirtschaftlichkeit der beantragten Investition sind in der beigelegten Anlage (Formblatt 1) durch eine fachkundige Stelle (Bank oder Steuerberater) bestätigt. Das beantragte Vorhaben ist wirtschaftlich und zweckmäßig.

III. Finanzierungsplan für das beantragte Vorhaben (brutto/netto)⁷

1. Ausgaben	in EUR Bitte keine Felder leer lassen. Wenn Feld für Sie nicht zutrifft bitte „0“ eintragen.
1.1. geplante Gesamtausgaben: (lt. beigefügten Kostenangeboten/Kostenberechnungen)	
a. abzüglich nicht zuwendungsfähige Ausgaben: (vgl. Zif. 3 der FR)	-
b. abzüglich anderweitig geförderte/finanzierte Ausgaben (nicht zuwendungsfähig):	-
(1) davon gefördert von öffentlichen Zuwendungsgebern ⁸ :	
(2) davon finanziert von Dritten ⁹ :	
1.2. geplante zuwendungsfähige Gesamtausgaben:	=
2. Finanzierung der geplanten Gesamtausgaben	in EUR
2.1. Fördersatz in %:	%
2.2. beantragte Zuwendung: (geplante zuwendungsfähige Gesamtausgaben x Fördersatz)	
2.3. Eigenanteil (inkl. 1.1.a):	+
a. davon Eigenmittel ¹⁰ :	
b. davon Darlehen ¹¹ :	
2.4. Mittel für anderweitig geförderte/finanzierte Ausgaben (1.1.b) :	+
2.5. Summe Finanzierungsmittel ¹² :	=
3. Zur Finanzierung wird eine Zuwendung beantragt:	in EUR
Für das Jahr 2021 i. H. v.:	

⁷ Bei vorsteuerabzugsberechtigten Antragstellern: Angaben ohne Umsatzsteuer (netto).

⁸ z. B. andere Zuwendungsgeber wie TAB; Art und Herkunft der Mittel nachweisen.

⁹ Mittel privater oder privatwirtschaftlicher Geldgeber die nicht an denwendungszweck gebunden sind, z. B. nicht an denwendungszweck gebundene Spenden; entsprechende Nachweise und Erklärungen der Dritten sind beizufügen. Diese Mittel führen zur Verringerung der zuwendungsfähigen Ausgaben.

¹⁰ Wenn Eigenmittel >10.000 €, dann entsprechende Nachweise beifügen, bzw. Stellungnahme Kommunalaufsicht.

¹¹ Entsprechende Kreditbereitschaftserklärungen sind beizufügen.

¹² Muss dem Betrag der geplanten Gesamtausgaben (1.1) entsprechen.

IV. Erklärungen des Antragstellers

1. Allgemeine Erklärungen

Ich/Wir erkläre/n, dass

- 1.1. mir/uns bekannt ist, dass kein Rechtsanspruch auf die Gewährung der Zuwendung besteht.
- 1.2. ich/wir mit dem Vorhaben noch nicht begonnen habe/n und nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides bzw. vor der etwaigen Genehmigung des vorzeitigen Beginns beginnen werde/n. Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten. Planung, Bodenuntersuchung und Grunderwerb gelten nicht als Beginn des Vorhabens, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck des Vorhabens. Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass ein Vorhabenbeginn vor Erteilung des Zuwendungsbescheides die Förderung ausschließt bzw. dass bei Vorliegen einer Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn kein Anspruch auf Förderung besteht.
- 1.3. neben den beantragten und angegebenen Finanzierungsmitteln für das beschriebene Vorhaben keine anderen Mittel oder Vergünstigungen in Anspruch genommen werden.
- 1.4. ich/wir für das beschriebene Vorhaben
 - vorsteuerabzugsberechtigt,
 - teilweise vorsteuerabzugsberechtigt zu%,
 - nicht vorsteuerabzugsberechtigt,bin/sind.
- 1.5. ich meinen/wir unseren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung der Steuern nachgekommen bin/sind.
- 1.6. kein Insolvenzverfahren gegen mich/uns unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist. Mir/Uns ist bekannt, dass ich/wir verpflichtet bin/sind, das unmittelbare Bevorstehen eines Insolvenzverfahrens unverzüglich mitzuteilen.
- 1.7. ich/wir die Belange des Umwelt- und Naturschutzes berücksichtigen werde/n.
- 1.8. mir/uns bekannt ist, dass der Antragsteller als Erstempfänger der Zuwendung diese an Dritte ganz oder teilweise weiterleiten darf (sofern im Zuwendungsbescheid geregelt), damit aber verpflichtet ist, die für ihn maßgebenden Bestimmungen, soweit zutreffend, auch dem Dritten aufzuerlegen (z. B. Erklärung zu subventionserheblichen Tatsachen, De-minimis-Erklärung).
- 1.9. mir/uns bekannt ist, dass der Zuwendungsgeber die in den vorstehenden Ziffern sowie unten unter IV. 2. enthaltenen Tatsachen nach dem Zweck, den Rechtsvorschriften, Verwaltungsvorschriften und Richtlinien über die Zuwendungsvergabe sowie den sonstigen Zuwendungsvoraussetzungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung als erheblich ansieht und deswegen auf der Grundlage von § 2 Abs. 1 Subventionengesetz i. V. m. § 1 des Thüringer Subventionengesetzes als subventionserheblich i. S. d. § 264 Abs. 8 Nr. 1 StGB bezeichnet mit der Konsequenz, dass ich mich/wir uns wegen unrichtiger, unvollständiger oder unterlassener Angaben über diese subventionserheblichen Tatsachen wegen Subventionsbetruges nach § 264 StGB strafbar machen kann/können.
- 1.10. mir/uns bekannt ist, dass ich/wir verpflichtet bin/sind, die Bewilligungsbehörde über die Änderung subventionserheblicher Tatsachen zu unterrichten. Der Inhalt des § 264 StGB sowie der §§ 3 bis 5 Subventionengesetz ist mir/uns bekannt.
- 1.11. mir/uns bekannt ist, dass die beantragte Zuwendung erst nachschüssig (Erstattungsverfahren) nach Vorlage und Prüfung des Auszahlungsantrages und bezahlter Rechnungen ausgezahlt wird.
- 1.12. mir/uns bekannt ist, dass der Antragsteller gegenüber der Bewilligungsbehörde zur Berichterstattung und Dokumentation über das Vorhaben sowie dessen Betrieb und Nutzung verpflichtet ist,
- 1.13. dass ich/wir bereit bin/sind, von dem zu fördernden Vorhaben vor Beginn und nach Beendigung Fotos anfertigen zu lassen.
- 1.14. mir/uns bekannt ist, dass die Bewilligungsbehörde zu Unrecht gezahlte Beträge zurückfordern und Verwaltungssanktionen festsetzen kann.

1.15. mir/uns die Datenschutzinformationen zur Verfügung gestellt wurden.

2. Fördergegenstandsspezifische Erklärungen

Ich/Wir erkläre/n, dass

2.1. für dasselbe Objekt bzw. Vorhaben aus Mitteln zur Förderung der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Revitalisierung von Brachflächen

- noch keine Zuwendungen
- Zuwendungen i. H. v.€

gewährt wurden.

2.2.

- ich/wir die Erläuterungen zu De-minimis-Beihilfen für Zuwendungsempfänger zur Kenntnis genommen habe/n
- ich/wir die De-minimis-Erklärung (Formblatt 2) diesem Antrag beifüge/n
- das beantragte Vorhaben nicht der Primärerzeugung landwirtschaftlicher Erzeugnisse des Anhang I zum Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) dient.

2.3. ich/wir

- Eigentümer (aktueller Grundbuchauszug ist beizufügen)
- Erbbauberechtigter (das Erbbaugrundbuchblatt ist beizufügen)
- Erwerber (der notarielle Kaufvertrag und der Grundbuchauszug über die eingetragene Auflassungsvormerkung sind beizufügen)
- Inhaber eines auf mindestens 15 Jahre abgeschlossenen Nutzungsvertrages (der Nutzungsvertrag ist beizufügen)
- noch nicht vollumfänglich Eigentümer der betroffenen Flächen (die Angaben zum geplanten Eigentumserwerb sind unter Punkt 2.4 aufgeführt. In diesem Fall verpflichtet sich der Antragsteller, den Nachweis spätestens zum Zeitpunkt der Beantragung auf Auszahlung zu erbringen)

bin/sind.

2.4. ich/wir weitere ergänzende Angaben, soweit erforderlich, mache/n (z. B. zur Projektdurchführung notwendige Zustimmungen/ Genehmigungen/Stellungnahmen Dritter, z. B. baudenkmalrechtliche Genehmigung, Zustimmung der Naturschutzbehörde):

.....

Ich/Wir versichere/n die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben und der beigefügten Unterlagen.

.....

Ort, Datum

.....

Stempel/Dienstsiegel und rechtsgültige
Unterschrift/en Antragsteller

Anlagen

Vom Antragsteller einzureichen, soweit zutreffend (Kopien ausreichend):		Vermerke des TLLLR	
		vorhanden	Bemerkungen
Unterlagen zum Vorhaben:			
1	<input type="checkbox"/> Ausführliche Beschreibung des geplanten Vorhabens <input type="checkbox"/> Fotos vom Standort des Vorhabens <input type="checkbox"/> Lageplan mit Kennzeichnung des Standortes des beantragten Vorhabens sowie Angabe der Flurstücksnummer <input type="checkbox"/> Aktueller und vollständiger Grundbuchauszug als Nachweis der bestehenden Eigentumsverhältnisse (entsprechend IV. 2.3) <input type="checkbox"/> Notariell abgeschlossener Kaufvertrag zum Nachweis des Eigentumserwerbs (entsprechend IV.2.3) <input type="checkbox"/> Erbbaugrundbuchblatt (entsprechend IV. 2.3) <input type="checkbox"/> Nutzungsvertrag (entsprechend IV. 2.3) <input type="checkbox"/> Kreditbereitschaftserklärung (nur bei Finanzierung über Darlehen) <input type="checkbox"/> Nachweis der eingeplanten Leistungen Dritter (nur, wenn Drittmittel eingeplant) <input type="checkbox"/> Stiftungsverzeichnisauszug (nur von Stiftungen) <input type="checkbox"/> ggf. Baugenehmigung oder Stellungnahme zur Verfahrensfreiheit <input type="checkbox"/> Stellungnahme des zuständigen Stadt- oder Gemeinderats		
Zusätzlich von Unternehmen einzureichen:			
2	<input type="checkbox"/> Angaben zum Unternehmen (Anlage KMU-Bewertung) <input type="checkbox"/> Gewerbeanmeldung <input type="checkbox"/> Handelsregister-, Genossenschaftsregisterauszug, Berufszulassung, Gesellschaftsvertrag, Eintrag in Handwerksrolle, o. ä. <input type="checkbox"/> Aktuelle Bescheinigung in Steuersachen (zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht älter als 1 Monat) <input type="checkbox"/> Kontoauszugskopien, Sparbuchkopien, Bankerklärungen zu Guthaben, Kopien von Sparbüchern Dritter inkl. Mittelbereitstellungserklärung des Dritten, o. ä. (wenn Eigenmittel am Vorhaben >10.000 €) <input type="checkbox"/> 3 vergleichbare Angebote (je Gewerk), Pauschalangebote sind unzulässig		
Zusätzlich von Kommunen / Gebietskörperschaften einzureichen:			
3	<input type="checkbox"/> Stellungnahme der Kommunalaufsichtsbehörde (wenn Eigenmittel >10.000 €)		

	<input type="checkbox"/> Kostenberechnung (mindestens DIN 276 entsprechend Leistungsphase 3 HOAI mit Angabe von Mengen, Einzelpreisen und Gesamtpreisen) <input type="checkbox"/> Bei beantragter Förderung für Liefer- und Dienstleistungen: mindestens schriftliche Angebotsabforderungen, eingegangene Angebote, Vergabeentscheidung mit Begründung sowie Vergabebeschluss (jeweils im Original und in Kopie)		
Notwendige Erklärungen aller Antragsteller (Formblätter):			
4	<input type="checkbox"/> Formblatt 1 - Rentabilitätskonzept <input type="checkbox"/> Formblatt 2 - Erklärung über erhaltene und beantragte „De-minimis“-Beihilfen mit Anlagen <input type="checkbox"/> Formblatt 3 – Datenblatt Controlling		

Weitergehende Informationen und Unterlagen erhalten Sie unter:

<https://tllr.thueringen.de/landentwicklung>

Angaben zum Unternehmen (KMU-BEWERTUNG)

Die folgenden Angaben werden für die Bewertung des antragstellenden Unternehmens als Klein- und Kleinunternehmen gemäß der Empfehlung der Europäischen Kommission vom 06. Mai 2003, Amtsblatt der EU Nr. L 124/36 vom 20.05.2003 bzw. Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 vom 17. Juni 2014 (Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung, ABl. der EU L 187/1 vom 26.06.2014) in der Fassung der Verordnung (EU) Nr. 2017/1084 der Kommission vom 14. Juni 2017 (ABl. L 156/1 der EU vom 20.06.2017) benötigt.

Antragsteller:	
Anschrift (Firmensitz):	

Mitarbeiterzahlen und finanzielle Schwellenwerte

jeweils jahresabschlussbezogen der letzten zwei Geschäftsjahre. Bei einem neu gegründeten Unternehmen sind die oben genannten Angaben im lfd. Geschäftsjahr nach Treu und Glauben für das laufende Geschäftsjahr zu schätzen.

	Vorletzter Jahresabschluss _____	Letzter Jahresabschluss _____	Lfd. Geschäftsjahr (nur bei Neugründung)	Schwellenwerte
Anzahl Vollzeitbeschäftigte ¹				< 50
Jahresumsatz				≤ 10 Mio. €
Jahresbilanzsumme				≤ 10 Mio. €

Gesellschafter des antragstellenden Unternehmens

(Als Unternehmen gilt jede Einheit, unabhängig von ihrer Rechtsform, die eine wirtschaftliche Tätigkeit ausübt.)

Name, Vorname bzw. Firmenbezeichnung	Beteiligung am antragstellenden Unternehmen	
	Kapital (%)	Stimmrechte (%)

¹ Die Mitarbeiterzahl wird auf Jahresbasis berechnet und entspricht der Zahl der Jahresarbeitsseinheiten (JAE), d. h. der Zahl der Personen, die in dem betroffenen Unternehmen oder auf Rechnung dieses Unternehmens während des gesamten Berichtsjahres einer Vollzeitbeschäftigung nachgegangen sind, einschließlich Leiharbeiter, mitarbeitende Eigentümer und regelmäßig tätige Teilhaber. Für die Arbeit von Personen, die nicht das ganze Jahr gearbeitet haben oder die im Rahmen einer Teilzeitregelung tätig waren und für Saisonarbeit sowie geringfügig Beschäftigte wird der jeweilige Bruchteil an JAE gezählt (keine Azubis, keine Mutterschutz-/ Elternzeitbeurlaubte sowie Wehr-/Bundesfreiwilligendienstleistende):
Summe Stunden = Anzahl Vollzeitbeschäftigte
 JAE (Vollzeitkraft)

Stimmrechts- und Kapitalanteile zum Zeitpunkt der Antragstellung

Die Stimmrechts- und Kapitalanteile der Unternehmen (einschließlich des Antragstellers) sind mit Hilfe eines detaillierten Organigramms (gesellschaftsrechtliche Beteiligungen namentlich und mit Prozentangabe, einschließlich aller Unternehmen, an denen mit den Gesellschaftern verwandte Personen / Ehepartner der Gesellschafter oder mit Gesellschaftern in nicht ehelicher Lebensgemeinschaft lebende Personen Anteile halten bzw. in einer der unten genannten Unternehmensbeziehungen stehen) darzustellen. Bei Betriebsaufspaltungen sind der Jahresumsatz, die Jahresbilanzsumme sowie die Anzahl der Vollbeschäftigten zusätzlich im Organigramm mit anzugeben.

	Ja	Nein
Wird für das antragstellende Unternehmen aufgrund gesetzlicher Vorschriften ein konsolidierter Jahresabschluss erstellt bzw. ist es in einen konsolidierten Jahresabschluss einbezogen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Verbundene Unternehmen

Steht das antragstellende Unternehmen mit anderen Mutter- und/oder Tochter-Unternehmen (juristischen Personen) direkt oder indirekt in einer der unten genannten Unternehmensbeziehungen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Steht das antragstellende Unternehmen über eine natürliche Person / Personengruppe mit anderen Unternehmen in demselben Markt oder in benachbarten Märkten in einer der unten genannten Unternehmensbeziehungen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Stehen die Gesellschafter (juristische Personen) des antragstellenden Unternehmens in einer der unten genannten Unternehmensbeziehungen und halten sie gemeinsam mehr als 50% des Kapitals oder der Stimmrechte am Antrag stellenden Unternehmen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Unternehmensbeziehungen: <ul style="list-style-type: none"> - Ein Unternehmen hält die Mehrheit (> 50 %) der Stimmrechte der Aktionäre oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens. - Ein Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit (> 50 %) der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder abzurufen. - Ein Unternehmen ist gemäß einem mit anderen Unternehmen abgeschlossenen Vertrag oder aufgrund einer Klausel in dessen Satzung berechtigt, einen beherrschenden Einfluss auf dieses Unternehmen auszuüben. - Ein Unternehmen, das Aktionär oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens ist, übt gemäß einer mit anderen Aktionären oder Gesellschaftern dieses anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit (> 50 %) der Stimmrechte von dessen Aktionären oder Gesellschaftern aus. 		

Partnerunternehmen

Hält das antragstellende Unternehmen allein zwischen 25 % und 50 % des Kapitals oder der Stimmrechte an anderen Unternehmen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Hält einer der Gesellschafter (juristische Person) des antragstellenden Unternehmens jeweils zwischen 25 % und 50% des Kapitals oder der Stimmrechte am Antrag stellenden Unternehmen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Hält das antragstellende Unternehmen gemeinsam mit einem oder mehreren verbundenen Unternehmen zwischen 25 % und 50 % des Kapitals oder der Stimmrechte an anderen Unternehmen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Stehen die Gesellschafter (juristische Personen) des antragstellenden Unternehmens in einer der oben genannten Unternehmensbeziehungen und halten sie gemeinsam zwischen 25 % und 50 % des Kapitals oder der Stimmrechte am Antrag stellenden Unternehmen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Erklärung zu Stimmrechts-und Kapitalanteilen bei Kapitalstreuung

- Ich gehe / Wir gehen wegen der fehlenden Möglichkeit einer exakten Feststellung aller Anteilseigner aufgrund der Kapitalstreuung nach bestem Wissen davon aus, dass das Antrag stellende Unternehmen sich hinsichtlich der Kapitalstreuung nicht zu 25 % oder mehr im Besitz eines Unternehmens oder im gemeinsamen Besitz von miteinander bzw. über natürliche Personen oder eine Gruppe natürlicher Personen verbundenen Unternehmen befindet.

Erklärung

- Mir/Uns ist bekannt, dass die Angaben in diesem Formular betreffend die KMU-Bewertung subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Subventionengesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) und § 1 des Thüringer Subventionengesetzes vom 16. Dezember 1996 (GVBl. S. 319) sind.

Ich bin / Wir sind unterrichtet, dass vorsätzlich oder leichtfertig falsche oder unvollständige Angaben zu dieser Anlage zum Antrag die Strafverfolgung wegen Subventionsbetruges (§ 264 des Strafgesetzbuches) und die Rückzahlung der Zuwendung zur Folge haben können.

Ich verpflichte mich / Wir verpflichten uns, dem Thüringer Landesamt für Landwirtschaft und Ländlichen Raum Änderungen bzw. den nachträglichen Wegfall von Voraussetzungen für die Subventionsgewährung anzuzeigen.

Ich bin / Wir sind darüber informiert, dass alle von mir/uns gemachten Angaben zur KMU-Bewertung jederzeit vom Bewilligungsgeber sowie der Europäischen Kommission überprüft werden können.

Rentabilitätskonzept¹

Antragsteller (Name, Vorname)	
Falls abweichend, Name und Anschrift des Betreibers	
Name und Gegenstand des Vorhabens	
Ort des Vorhabens	

Kurzbeschreibung des Betreibers (Rechtsform, Beteiligungsverhältnisse, Mitarbeiter, Schwerpunkte bzw. Haupttätigkeit, Produkte (Güter, Dienstleistungen) des Unternehmens, Absatzmarkt der Güter bzw. Dienstleistungen, Umsatzstruktur und -entwicklung)

--

Konkurrenzsituation, Mitbewerber in Ortsnähe (Nennung und Beschreibung bereits bestehender Einrichtungen mit gleichwertigem Angebot im selben Ortsteil und in einem Umkreis von 2 km)

--

¹ nur gültig mit Unterschrift durch eine fachkundige Stelle (Bank, Steuerberater)

Beschreibung und Begründung des Investitionsvorhabens (eintretende Vorteile und Verbesserungen)

Kapitalbedarf

Kapitalbedarf für das Investitionsvorhaben (Gebäude, Innenausbau, Grundstückserwerb, langlebige Wirtschaftsgüter, Vermögenswerte einer Betriebsstätte, sonstige Investitionen):²

Lfd. Nr.:	Bezeichnung	Voraussichtliche Gesamtkosten (€ - brutto)
1		
2		
3		
4		
5		
6		
7		
8		
9		
10		
11		
12		
13		
14		
15		
	Kapitalbedarf (gesamt)³	

² Die Plausibilisierung des Kapitalbedarfs bzw. der zuwendungsfähigen Investitionen erfolgt durch die Vorlage von je drei vergleichbaren Angeboten je lfd. Nr. oder, bei kommunalen Hochbauvorhaben, einer Kostenberechnung nach DIN 276

³ Der Kapitalbedarf gesamt muss den geplanten zuwendungsfähigen Gesamtausgaben gem. IV 1.2 des Antrags entsprechen.

Finanzierungsplan

Finanzierungsplan für das Investitionsvorhaben (alle Beträge in Euro):

	Eigenkapital	
1	● Eigene Mittel	
2	● Beantragter Zuschuss ⁴	
3	● Sonstiges	
	Fremdkapital	
4	● Darlehen Hausbank	
5	● andere öffentl. Zuwendungen	
6	● Sonstiges	
	Finanzierung (gesamt)⁵	

4 Der Gesamtwert der gewährten De-minimis-Beihilfen darf nicht 200.000 € bezogen auf einen Zeitraum von 3 Jahren (Jahr der Bewilligung und die beiden vorangegangenen Jahre) übersteigen (siehe auch Anlage zum Antrag – „De-minimis-Erklärung“).

5 Die Gesamtsumme Finanzierung muss dem o.g. Kapitalbedarf entsprechen.

Rentabilitätsvorschau

(alle Beträge in Euro und ohne MwSt.):

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr
1 Erwartete Umsatzerlöse Gesamt			
1.1 davon Verkauf/Absatz von Waren			
1.2 davon Verkauf von Dienstleistungen			
- Materialeinsatz/Handelswaren/ Fremdleistungen			
= Rohgewinn I			
- Personalkosten			
= Rohgewinn II			
- Raumkosten (Miete, Pacht)			
- Nebenkosten (Energie, Wasser)			
- Leasing			
- Versicherungen, Beiträge			
- Fahrzeugkosten			
- Instandhaltungen/Reparaturen			
- Werkzeuge/Kleingeräte			
- Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe			
- Entsorgung			
- Kosten der Warenabgabe/Verpackung			
- Bürobedarf /Telefon, Fax, Internet			
- Werbung /Reisekosten			
- Fortbildung			
- Steuer-, Rechtsber.-, Buchführungs- kosten			
- Sonstige fixe Kosten			
= erweiterter Cash-Flow			
- Zinsen			
= Cash-Flow			
- Abschreibungen			
= Steuerlicher Gewinn			
- Kalkulatorische Kosten			
= Betriebswirtschaftlicher Gewinn			

Kapitaldienstgrenze

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr
Steuerlicher Gewinn			
+ Abschreibungen			
+ Zinsen			
+ Sonstige Einkünfte			
= Gesamte Zuflüsse			
<hr/>			
- betriebliche Steuern (geschätzt)			
- private Steuern (geschätzt)			
- private Versicherungen			
- sonstige Privatentnahmen			
= Kapitaldienstgrenze			
<hr/>			
- Zinsen*)			
- Tilgung*)			
- Ersatzinvestitionen			
= Ergebnis			
<hr/>			
Kapitaldienst			

*) Zinsen + Tilgung = Kapitaldienst

.....
Ort, Datum

.....
Stempel/Dienstsiegel und rechtsgültige
Unterschrift/en Antragsteller

.....
Stempel, rechtsgültige Unterschrift des Betrei-
bers (falls zutreffend)

Bewertung des Vorhabens durch eine fachkundige Stelle (Bank, Steuerberater)

Zusammenfassung (Aussagen zu Finanzierbarkeit, Wirtschaftlichkeit, Risiken)

Abschließendes Votum zum Vorhaben

Die zu erwartende Wirtschaftlichkeit für das Vorhaben

- wird bestätigt
- wird mit Einschränkungen bestätigt
- wird nicht bestätigt

Begründung:

.....

.....

.....

.....
Ort, Datum, Stempel

...../
Unterschrift des Prüfers / Name in Druckbuchstaben

Erklärung über erhaltene und beantragte De-minimis-Beihilfen (De-minimis-Erklärung)

1. Angaben zum den Antrag stellenden Unternehmen:

Personenident:																				
Name des Unternehmens:																				
Vertreter/ Ansprechpartner:																				
Straße und Hausnummer:																				
Postleitzahl/Ort (Ortsteil):																				

2. Definitionen und Erläuterungen:

Die Zuwendungen der Richtlinie zur Förderung der Etablierung von Tag-und-Nacht- bzw. 24-Stunden-Dorfläden (FR 24-h-Dorfläden) werden im Rahmen der sog. De-minimis-Regelung gezahlt. Deshalb werden Sie aufgefordert, eine De-minimis-Erklärung abzugeben. In dieser Erklärung müssen Sie alle De-minimis-Beihilfen angeben, die Ihr Unternehmen bzw. Unternehmensverbund als einziges Unternehmen in Deutschland in den vorangegangenen zwei Steuerjahren sowie im laufenden Steuerjahr erhalten oder beantragt hat.

Unternehmen sind zum Zweck der Umsetzung der De-minimis-Vorgaben als einziges Unternehmen anzusehen, wenn sie zueinander in mindestens einer der folgenden Beziehungen stehen:

- ein Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens,
- ein Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder abzuberufen,
- ein Unternehmen ist gemäß einem mit einem anderen Unternehmen geschlossenen Vertrag oder aufgrund einer Klausel in dessen Satzung berechtigt, einen beherrschenden Einfluss auf dieses Unternehmen auszuüben,
- ein Unternehmen, das Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens ist, übt gemäß einer mit anderen Anteilseignern oder Gesellschaftern dieses anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte von dessen Anteilseignern oder Gesellschaftern aus.

Auch Unternehmen, die über ein oder mehrere andere Unternehmen zueinander in einer der vorgeannten Beziehungen stehen, sind als einziges Unternehmen zu betrachten.

Im Falle einer *Fusion oder Übernahme* müssen alle De-minimis Beihilfen, die den beteiligten Unternehmen im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren gewährt wurden, angegeben werden. Die Rechtmäßigkeit von vor der Fusion bzw. Übernahme rechtmäßig gewährten De-minimis-Beihilfen wird dadurch nicht in Frage gestellt.

Bei *Unternehmensaufspaltung* werden die De-minimis-Beihilfen dem Unternehmen zugerechnet, welches die Geschäftsbereiche übernimmt, für die die De-minimis-Beihilfen verwendet wurden. Ist diese Zurechnung nicht möglich, muss eine anteilige Aufteilung auf der Grundlage des Buchwertes des Eigenkapitals zum Zeitpunkt der tatsächlichen Aufspaltung erfolgen.

Darüber hinaus sind auch alle De-minimis-Beihilfen anzugeben, die durch Betriebsaufspaltung verbundene Unternehmen erhalten haben. Dabei ist nach folgenden De-minimis- Beihilfen zu unterscheiden:

- *Allgemeine De-minimis-Beihilfen:*

Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis Beihilfen (Amtsblatt der EU L 352/1 vom 24.12.2013) bzw. der Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Art. 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis-Beihilfen (Amtsblatt der EU Nr. L 379/5 vom 28.12.2006)

- *Agrar-De-minimis-Beihilfen:*

Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis Beihilfen im Agrarsektor (Amtsblatt der EU L 352/9 vom 24.12.2013) bzw. der Verordnung (EG) Nr. 1535/2007 der Kommission vom 20. Dezember 2007 über die Anwendung der Art. 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis-Beihilfen im Agrarerzeugnissektor (Amtsblatt der EU Nr. L 337/35 vom 21.12.2007)

- *Fisch-De-minimis-Beihilfen:*

Verordnung (EU) Nr. 717/2014 der Kommission vom 27. Juni 2014 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor (Amtsblatt der EU L 190/45 vom 28.06.2014) bzw. der Verordnung (EG) Nr. 875/2007 der Kommission vom 24. Juli 2007 über die Anwendung der Art. 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis-Beihilfen im Fischereisektor (Amtsblatt der EU Nr. L 337/35 vom 21.12.2007)

- *DAWI-De-minimis-Beihilfen:*

Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse erbringen (Amtsblatt der EU L 114/8 vom 26.04.2012)

Überschreiten die Beihilfen die zulässigen Schwellenwerte bzw. die höchstmögliche Förderung, handelt es sich um eine unzulässige Beihilfe mit der Folge, dass diese Beihilfe nicht gewährt werden kann bzw. wenn sie bereits gewährt wurde, in voller Höhe zurückgefordert werden muss.

Aus den Angaben in der De-minimis-Erklärung lassen sich keine Ansprüche auf eine Förderung ableiten. Unrichtige, unvollständige oder unterlassene Angaben sind gemäß § 264 StGB als Subventionsbetrug strafbar.

3. Erklärung über erhaltene und beantragte De-minimis-Beihilfen durch den Zuwendungsempfänger:

Im laufenden Steuerjahr sowie in den vorangegangenen zwei Steuerjahren erhaltene De-minimis-Beihilfen und/oder DAWI-De-minimis-Beihilfen:

keine

die in nachstehender Tabelle aufgeführten

Antrag stellendes Unternehmen u. Unternehmen des Verbundes <i>(„ein einziges Unternehmen“ gemäß Pkt. 2)</i>	Datum Zuwendungsbescheid/ Vertrag	Beihilfegeber	Aktenzeichen/ Projekt-Nr.	Art der De-minimis-Beihilfe*				Beihilfeform (z. B. Zuschuss, Darlehen, Bürgschaft, Beteilig.)	Fördersumme in € (z. B. Zuschuss-, Darlehens-, Beteiligungs-, Bürgschaftsbetrag)	Subventionswert (Bruttosubventionsäquivalent) in € in €
				Allgemeine	Agrar	Fisch	DAWI			
				<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>			
				<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>			
				<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>			
				<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>			
				<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>			
Summe:										

* Bitte kreuzen Sie an, um welche Beihilfeart es sich handelt.

De-minimis-Regelung	Gesamtfördersumme in €	Gesamtsubventionswert in €
Allgemeine De-minimis-Beihilfen:		
Agrar-De-minimis-Beihilfen		
Fisch-De-minimis-Beihilfen		
DAWI-De-minimis-Beihilfen		
Summe		

Darüber hinaus habe/n ich/wir oder ein mit mir/uns verbundenes Unternehmen im laufenden Steuerjahr sowie in den zwei vorangegangenen Steuerjahren

keine weiteren De-minimis-Beihilfen nach der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 (Allgemeine De-minimis), der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 (Agrar-De-minimis), der Verordnung (EU) 717/2014 (Fisch-De-minimis) und/oder der Verordnung 360/2012 (DAWI-De-minimis) **beantragt**.

die in nachstehender Tabelle aufgeführten De-minimis-Beihilfen nach der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 (Allgemeine De-minimis), der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 (Agrar-De-minimis), der Verordnung (EU) 717/2014 (Fisch-De-minimis) und/oder der Verordnung 360/2012 (DAWI-De-minimis) **beantragt**, die **noch nicht bewilligt** wurden:

Antrag stellendes Unternehmen u. Unternehmen des Verbundes <i>(„ein einziges Unternehmen“ gemäß Pkt. 2)</i>	Datum Zuwendungsbescheid/ Vertrag	Beihilfegeber	Aktenzeichen/ Projekt-Nr.	Art der De-minimis-Beihilfe*				Beihilfeform (z. B. Zuschuss, Darlehen, Bürgschaft, Beteilig.)	Fördersumme in € (z. B. Zuschuss-, Darlehens-, Beteiligungs-, Bürgschaftsbetrag .)	Subventionswert (Bruttosubventionsäquivalent) in €
				Allgemeine	Agrar	Fisch	DAWI			
				<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>			
				<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>			
				<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>			
				<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>			
				<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>			
				<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>			
Summe										

* Bitte kreuzen Sie an, um welche Beihilfeart es sich handelt.

Formblatt 2

De-minimis-Regelung	Gesamtfördersumme in €	Gesamtsubventionswert in €
Allgemeine De-minimis-Beihilfen:		
Agrar-De-minimis-Beihilfen		
Fisch-De-minimis-Beihilfen		
DAWI-De-minimis-Beihilfen		
Summe		

Die hiermit beantragte De-minimis-Beihilfe wird

- nicht mit weiteren Beihilfen für dieselben förderfähigen Aufwendungen kumuliert,
- mit der/n nachstehenden Beihilfe/n für dieselben förderfähigen Aufwendungen kumuliert:

Datum Zuwendungsbescheid / Ver- trag	Zuwendungs- / Beihilfegeber	Aktenzeichen / Projekt-Nr.	Fördersumme in € (z. B. Zuschuss-, Darlehens-, Beteiligungs-, Bürgschaftsbe- trag)	Subventionswert (Bruttosubventionsäquivalent) in €

Formblatt 2

Ich / Wir verpflichte(n) mich/uns, Änderungen oder Ergänzungen zu **sämtlichen** in dieser De-minimis-Erklärung enthaltenen Angaben der Bewilligungsstelle mitzuteilen, sofern sie mir / uns vor der Zusage der hier beantragten De-minimis-Beihilfe bekannt werden.

Mir / Uns ist bekannt, dass die in dieser Erklärung anzugebenden Tatsachen gemäß Punkt 1. und 3. subventionserheblich im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) i. V. m. § 2 Subventionsgesetz vom 29.07.1976 (BGBl. I S. 2037) sind und unrichtige, unvollständige oder unterlassene Angaben, die subventionserhebliche Tatsachen betreffen und dem Zuwendungsempfänger zum Vorteil gereichen, als Subventionsbetrug strafbar sind. Mir / Uns sind weiterhin die nach § 1 des Thüringer Subventionsgesetzes vom 16.12.1996 (GVBl. Nr. 19, S. 319) i. V. m. § 3 des Subventionsgesetzes vom 29.07.1976 bestehenden Mitteilungspflichten bekannt.

Ort, Datum

Stempel / rechtsverbindliche Unterschrift(en) des den Antrag stellenden Unternehmens

Datenblatt Controlling

Beitrag zu Ziel 2:

Anzahl an Personen, die von der neu geschaffenen, wohnortnahen Nahversorgungseinrichtung profitieren (= Zahl der Einwohner*innen in 2 km Entfernung von der neuen Einrichtung):

.....

Beitrag zu Ziel 3:

Summe der neu geschaffenen Verkaufsfläche in Quadratmetern:

.....

Beitrag zu Ziel 4:

Das Sortiment der neu geschaffenen Einrichtung besteht zu mindestens 20 % aus Produkten, die das Thüringer Qualitätszeichen „Geprüfte Qualität aus Thüringen“ respektive „Geprüfte Qualität - Hergestellt in Thüringen“ tragen:

ja nein

Beitrag zu Ziel 6:

Die neu geschaffene Einrichtung übernimmt neben der Funktion der Nahversorgung auch die Funktion von sozialen Treffpunkten, z. B. durch die Einbindung von Zusatzangeboten wie Café, Imbissecke, Poststation etc.

ja nein

Wenn ja, durch folgende Zusatzangebote:

.....
.....